



Die Waffennieder! Mut machende Demo in Berlin

8.000 Menschen demonstrierten am 8. Oktober für Abrüstung und Kooperation

Bei der Auftaktkundgebung ging Angelika Claussen von den Internationalen Ärzten für die Verhütung des Atomkrieges (IPPNW) auf den Krieg in Syrien ein. Die Bombardierung von Krankenhäusern charakterisierte sie unmissverständlich als Kriegsverbrechen unabhängig davon ob in Aleppo, in Gaza oder in Kundus begangen.



Der Krieg sei ein Stellvertreterkrieg zwischen Iran und Saudi-Arabien, aber auch zwischen den USA und Russland und ihren jeweiligen Verbündeten. Sie kritisierte die Beteiligung am Krieg durch die Bundesregierung und forderte u. a. ein Ende

des Syrienmandats sowie der Lieferung aller Rüstungsgüter in die Länder des Nahen Ostens. Als besonders wichtige Maßnahmen forderte sie Waffenstillstände und humanitäre Korridor und Luftbrücken an Stelle von Flugverbotszonen (wie in einem Online-Appell millionenfach gefordert) und die Einbeziehung von Iran und Kurden in die Verhandlungen.



Gewaltfreie Widerstandskampagnen erfolgreicher

Mit Blick auf die entscheidenden Mächte sagte sie: „Wir brauchen eine intensive und konstruktive Kooperation zwischen den USA und Russland, unabhängig von der berechtigten Kritik, die nicht nur wir in der Friedensbewegung an beiden Großmächten üben.“ Sie erinnerte daran, dass der Krieg in Syrien ursprünglich mit einem friedlichen Aufstand der Bevölkerung begonnen habe. Doch „im Oktober 2011, bewaffneten sich Teile der Opposition und dominierten den zivilen syrischen Widerstand.“ Dabei verwies sie auf empirische Forschungen, die belegen würden, dass gewaltfreie Widerstandskampagnen doppelt so erfolgreich waren wie bewaffnete Aufstände.



gläubig/abhängig/De,er,ur,ie

www.friedensdemo2016.de [Video](https://www.youtube.com/watch?v=...) www.heise.de/tp/artikel/...
Presseerklärung von DFG-VK und Friedensplenum Mannheim vom 10. Sept. 2016

DFG-VK und Friedensplenum Mannheim unterstützen die bundesweite Friedensdemonstration am 8. Oktober 2016 in Berlin und rufen zur Teilnahme auf.

Die Demonstration in Berlin steht unter dem Motto „Die Waffen nieder! Kooperation statt NATO-Konfrontation! Abrüstung statt Sozialabbau!“ Für diese Forderungen setzen sich DFG-VK und Friedensplenum Mannheim seit Jahren vor Ort in Mannheim ein.

Angesichts der immer noch in der US-amerikanischen Coleman-Kaserne stationierten Panzer (und andere Kriegsgeräte) und des sogenannten Bildungscampus der Bundeswehr gibt es gerade in unserer Stadt genügend militärische Einrichtungen für deren Auflösung wir uns eingesetzt haben.

Um der Bundesregierung demonstrativ zu verdeutlichen, dass der überwiegende Teil der Bevölkerung Auslandseinsätze der Bundeswehr, Rüstungsexporte, Aufrüstung und die NATO-Expansionspolitik ablehnt, halten wir es richtig, unseren Protest jetzt auch am Regierungssitz in Berlin sichtbar werden zu lassen.

Veranstalter der Demonstration sind der Bundesausschuss Friedensratschlag, die Kooperation für den Frieden und die Berliner Friedenskoordination.

Mit DFG-VK und Friedensplenum Mannheim haben nun 169 Organisationen und Initiativen den Aufruf unterzeichnet.

Wer in Berlin demonstrieren möchte, möge sich schnellstmöglich beim Friedensplenum melden, damit die gemeinsame Anreise (mit dem Bus) organisiert werden kann:

www.frieden-mannheim.de (Kontaktformular)

friedensplenum.mannheim@gmx.de

Aufruf zur Demonstration

Der Aufruf zur Demonstration hat folgenden Wortlaut; siehe: <http://friedensdemo.org>

Die Waffen nieder!

**Kooperation statt NATO-Konfrontation!
Abrüstung statt Sozialabbau!**

Die aktuellen Kriege und die militärische Konfrontation gegen Russland treiben uns auf die Straße. Deutschland befindet sich im Krieg fast überall auf der Welt. Die Bundesregierung betreibt eine Politik der drastischen Aufrüstung. Deutsche Konzerne exportieren Waffen in alle Welt. Das Geschäft mit dem Tod blüht.

Dieser Politik leisten wir Widerstand. Die Menschen in unserem Land wollen keine Kriege und Aufrüstung – sie wollen Frieden. Die Politik muss dem Rechnung tragen.

Wir akzeptieren nicht, dass Krieg immer alltäglicher wird und Deutschland einen wachsenden Beitrag dazu leistet: in Afghanistan, Irak, Libyen, Syrien, Jemen, Mali. Der Krieg in der Ukraine ist nicht gestoppt. Immer geht es letztlich um Macht, Märkte und Rohstoffe. Stets sind die USA, NATO-Mitgliedstaaten und deren Verbündete beteiligt, fast immer auch direkt oder indirekt die Bundesrepublik.

Krieg ist Terror. Er bringt millionenfachen Tod, Verwüstung und Chaos. Millionen von Menschen müssen fliehen. Geflüchtete brauchen unsere Unterstützung und Schutz vor rassistischen und nationalistischen Übergriffen. Wir verteidigen das Menschenrecht auf Asyl. Damit Menschen nicht fliehen müssen, fordern wir von der Bundesregierung, jegliche militärische Einmischung in Krisengebiete einzustellen. Die Bundesregierung muss an politischen Lösungen mitwirken, zivile Konfliktbearbeitung fördern und wirtschaftliche Hilfe für den Wiederaufbau der zerstörten Länder leisten.

Die Menschen brauchen weltweit Gerechtigkeit. Deshalb lehnen wir neoliberale Freihandelszonen wie TTIP, CETA, ökologischen Raubbau und die Vernichtung von Lebensgrundlagen ab.

Deutsche Waffenlieferungen heizen die Konflikte an. Weltweit werden täglich 4,66 Milliarden Dollar für Rüstung verpulvert. Die Bundesregierung strebt an, in den kommenden acht Jahren ihre jährlichen Rüstungsausgaben von 35 auf 60 Milliarden Euro zu erhöhen. Statt die Bundeswehr für weltweite Einsätze aufzurüsten, fordern wir, unsere Steuergelder für soziale Aufgaben einzusetzen.

Das Verhältnis von Deutschland und Russland war seit 1990 noch nie so schlecht wie heute. Die NATO hat ihr altes Feindbild wiederbelebt, schiebt ihren politischen Einfluss und ihren Militärapparat durch Stationierung schneller Eingreiftruppen, Militärmanöver, dem sogenannten Raketenabwehrschirm – begleitet von verbaler Aufrüstung – an die Grenzen Russlands vor. Das ist ein Bruch der Zusagen zur deutschen Einigung. Russland antwortet mit politischen und militärischen Maßnahmen. Dieser Teufelskreis muss durchbrochen werden. Nicht zuletzt steigert die Modernisierung genannte Aufrüstung der US-Atomwaffen die Gefahr einer militärischen Konfrontation bis hin zu einem Atomkrieg. Sicherheit in Europa gibt es nur MIT und nicht GEGEN Russland.

Wir verlangen von der Bundesregierung:

- den Abzug der Bundeswehr aus allen Auslandseinsätzen
- die drastische Reduzierung des Rüstungsetats
- den Stopp der Rüstungsexporte
- die Ächtung von Kampfdrohnen
- keine Beteiligung an NATO-Manövern und Truppenstationierungen entlang der Westgrenze Russlands.

Wir sagen Nein zu Atomwaffen, Krieg und Militärinterventionen. Wir fordern ein Ende der Militarisierung der EU. Wir wollen Dialog, weltweite Abrüstung, friedliche zivile Konfliktlösungen und ein auf Ausgleich basierendes System gemeinsamer Sicherheit. Für diese Friedenspolitik setzen wir uns ein.